Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 8,— M., monatl. 35,— M., vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 30,— M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 60 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 1,— M.

Hamburger Echo

Anzeigen die elgespaltene Petitzeile 9,— M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau". Arbeitsmarkt und private Familienanzeigen 4,— M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 5,— M. Reklamezeile 45,— M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 175. Donnerstag, den 13. April 1922 — Morgen-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Der Achtstundentag.

Von F. Etzkorn.

Wenn vor der Einführung des Achtstundentages zu seiner Empfehlung gesagt wurde, daß der Achtstundentagarbeiter nicht weniger leiste als sein länger arbeitender Neun- oder Zehnstundentag-Kollege, so in dem Sinne, daß Hand in Hand mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Verbesserung der Arbeitsmethode herbeigeführt werden müsse. Bleibt in den Betrieben alles beim alten, dann ist nur ein halber Schritt getan mit dem Achtstundentag. Zugegeben, daß es seit der Nachkriegszeit schwieriger ist als vor dem Kriege, sämtliche Betriebe technisch und organisatorisch zu verbessern, daß die Betriebe, mit denen während der Kriegszeit ein derartiger Raubbau wie mit unsern Eisenbahnen — ein Raubbau, der sich mit auf das Menschenmaterial erstreckte — getrieben wurde, nicht im Handumdrehen wieder auf die Höhe gebracht werden konnten. Daraus aber den Schluß zu ziehen, weil die Anpassung der Betriebe und Betriebsführung an den Achtstundentag nicht von heute auf morgen möglich ist, müsse der Achtstundentag durch Ausnahmebestimmungen durchlöchert oder auf 5 Jahre außer Kraft gesetzt werden, das wäre durchaus verkehrt. Der Industrie würde damit ein kräftiger Ansporn genommen werden, die ohnehin notwendigen Betriebsreformen durchzuführen. Wird der Achtstundentag als etwas Gegebenes hingenommen, konzentrieren sich die Anstrengungen zu seiner Beseitigung auf den Punkt, auf den es in Wirklichkeit ankommt, dann fährt die deutsche Industrie zweifellos ganz gut dabei.

Was wäre mit der Wiederabschaffung des Achtstundentages in Wirklichkeit gewonnen? Man kann den deutschen Arbeiter vielleicht zu einem längeren Arbeitstag zwingen, aber keinesfalls zu vermehrter und besserer Arbeitsleistung in 9 Stunden. Wenn heute noch verhältnismäßig zahlreiche Ueberstunden geleistet werden und dabei tatsächlich mehr geleistet wird, so doch nur infolge des Anreizes einer besseren Bezahlung der Ueberstunden. Fällt der Anreiz fort, schrumpft auch die Leistung zusammen. Wobei nicht übersehen werden darf, daß heute die Ernährung des Arbeiters weit zurückbleibt hinter der der Vorkriegszeit. Butter, Eier, Zucker und anderes sind unerschwingliche Delikatessen geworden, Milch ein Luxusgetränk. Lassalle sprach von dem bei einem Glas Bier und einem Stück Wurst zufriedenen Arbeiter. Das Stück Wurst, das früher einmal 15 und 20 ₰, heute aber 10 M kostet, fällt jetzt meist noch weg. Diese Andeutungen dürften wohl genügen, um die Achtstundentagdebatten auch einmal auf die Frage hinzulenken, ob man dem Arbeiter heute eine längere Arbeitsleistung zumuten kann.

Leider hat ein großer Teil der Arbeitnehmerschaft die Bedeutung des Achtstundentages noch längst nicht voll erfaßt; so wenig wie der rückständigere Teil des Unternehmertums. Der alte geschulte Gewerkschafter schließt zu sehr aus seiner eigenen Kenntnis und Erkenntnis auf die der neuen Gewerkschaftsmitglieder, denen der Achtstundentag, dessen Erringung sie früher durch ihre Gleichgültigkeit mit verhinderten, als ein Geschenk zufiel, über das man sich im ersten Augenblick wohl freut, es dann aber weniger beachtet. Kein Arbeiter kann ein zuverlässiger Verfechter des Achtstundentages sein, solange er über dessen kulturelle Bedeutung für die Gesamtheit nicht klar geworden ist. Gewiß, jedweder Arbeitnehmer weiß soviel, daß die achtstündige Arbeitszeit gegenüber einer längeren Arbeitszeit einen Vorteil für ihn bedeutet. Allein noch mancher macht die achtstündige Begrenzung seiner Arbeitszeit dafür verantwortlich, daß er kein höheres Einkommen erreichen kann. Der Ueberstundenschieber verdient bei längerer Arbeitszeit mehr. Aber nur eben deshalb, weil der Achtstundentag besteht, solange er der Schmutzkonkurrent seiner Arbeitsgenossen sein kann. Müßten alle Arbeiter 9 Stunden arbeiten, sich neun Stunden in den Werkstätten aufhalten, dann fiele der Vorteil fort oder der Raffer müßte dann noch eine oder zwei Ueberstunden mehr machen, um einen Lohnvorsprung zu haben, das heißt falls dann noch die Möglichkeit zu Ueberstunden bestände. Während einzelne Ueberstunden machen, stehen jetzt noch 300 000 Familienväter außerhalb des Produktionsprozesses, sind arbeitslos, da man für ihre Arbeitskraft keine Verwendung hat. Dabei geht die Tendenz dahin, noch mehr Arbeiter aus den Betrieben zu entlassen, anstatt mehr einzustellen.

All diese Selbstverständlichkeiten, die der geschulte organisierte Arbeiter sieht, sind der großen Masse auch der formell Organisierten noch längst nicht geläufig. Die Hauptabwehr gegen die Angriffe auf den Achtstundentag muß daher in der Aufklärung bestehen. Die Arbeitszeit kann nicht ohne die Arbeitnehmerschaft verlängert werden, nur mit ihr. Das letztere gilt es zu verhüten. Die wertvollste sozialpolitische Errungenschaft der Revolution, der Achtstundentag, muß der deutschen Arbeiterschaft, dem deutschen Volke erhalten werden. Seine unausbleiblichen günstigen Wirkungen auf das Kulturleben der Arbeiter, auf qualitativ wie quantitativ vermehrte Arbeitsleistungen unter Anpassung der ganzen Betriebsweise, können sich selbst unter normalen Verhältnissen heute noch nicht zeigen. Dazu bedarf es eines längeren Zeitraums. Und nicht nur die Unternehmer müssen sich mehr als bisher auf den Achtstundentag einstellen, auch der Arbeiter selber, der heute oft noch nicht den reellen Gebrauch von seiner freien Zeit zu machen weiß. Auch das will gelernt und gewohnt sein.

Alles in allem kommt es auch hier nicht so sehr darauf an, was die Unternehmer gegen den Achtstundentag unternehmen, als vielmehr darauf, was wir tun für seine Erhaltung und volle Durchführung. Da ist denn nun noch sehr viel zu tun, bis wir es dahin gebracht haben, daß man sich in Unternehmer- und Regierungskreisen mit der Tatsache des Achtstundentages abfindet und den notwendigen Ausgleich sucht. Für die Arbeitnehmerschaft gilt hier das Goethe-Wort:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb' es, um es zu besitzen."

Die deutschen Richtlinien.

Zu den Kommissionsberatungen in Genua.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

SPD. Genua, 12. April.

Die Mitarbeit der deutschen Delegierten in den Kommissionen wird an Hand der von der Regierung schriftlich diktierten Richtlinien vor sich gehen. Sämtliche Denkschriften, die zu den einzelnen Problemen aufgestellt wurden, weisen übereinstimmend darauf hin, daß es zweckmäßig erscheint, dauernde Vereinigungen zu schaffen, deren Organe für alle in Betracht kommenden Stoffe auf Anruf der Beteiligten anregend und vermittelnd eingreifen sollen. Die Denkschrift „Transportfragen" sieht in dem Zentralamt für internationalen Transport eine solche Vereinigung. Durch Bereitstellung geschulter Kräfte, vor allem durch Geldmittel, die durch private Kredite aufgebracht werden sollen, soll den Vereinigungen geholfen werden.

Besonderes Interesse beanspruchen die Richtlinien über die Finanzfragen, die zum Teil gänzlich neue Wege zeigen. Die Denkschrift für Finanzfragen geht davon aus, daß als primäre und maßgebende Ursachen für den Verfall der Währung nicht die Inflation, sondern die Passivität der Zahlungsbilanz anzusehen ist. Zur Verhinderung der Einfuhr und Vermehrung der Ausfuhr sowie zur Verhinderung der Kapitalflucht werden internationale Vereinbarungen als Auswege empfohlen. Gleichzeitig wird der Antrag auf Einsetzung einer Unterkommission zur Vorbereitung eines internationalen Abkommens gegen die Steuerflucht gestellt. Zugegeben wird, daß die Maßnahmen keine endgültige Lösung bringen können. Es wird deshalb empfohlen, bei den wichtigsten Faktoren der Zahlungsbilanz, der Verschuldungs- und Forderungsbilanz, mit einer internationalen Lösung zu beginnen. Die Denkschrift weist dann auf die verschiedenen Vorschläge hin, die zu dieser Angelegenheit bereits gemacht worden sind. Als diskutabel gilt für Deutschland unter den drei gemachten Vorschlägen der zweite, der die Schulden der Schuldnerländer durch internationale Vereinbarungen „auf ein erträgliches und durch Arbeitsleistung abzubürdendes Maß" herabsetzen will. Weiter wird in diesem zweiten Vorschlag gesagt, daß als Sicherung der Verzinsung und der allmählichen Tilgung der Rechtsschulden sowie zur Wiederherstellung der normalen Verbindungen der Welt langfristige Stundungen oder internationale Kredite notwendig sind. Ausdrücklich wird hinzugefügt, daß deutsche Kredite nur nach Herabsetzung der Schuldenlast erreichbar und auch nur unter dieser Voraussetzung von Nutzen sind. Die Denkschrift selbst macht zu diesem schwierigen Problem den Vorschlag, zur Verbesserung der internationalen Technik des Zahlungsverkehrs und zum Ausgleich vorübergehender Wertschwankungen Vereinbarungen zwischen den Zentralbanken zu treffen, die namentlich auch die Aufnahme kurzfristiger Lombardkredite gestatten sollen. Von besonderem Vorteil wäre — so sagt die Denkschrift zum Schlusse wörtlich —, wenn die Zentralnotenbanken die Ermächtigung erhielten, noch Kredite auch bei einer andern Zentralnotenbank zu hinterlegen und von dieser als Pfandhalterin aufbewahrte Sicherheiten, wie Gold, Silber, Wechsel zu gewähren. Auf diese Weise würde sich die Konzentration und damit eine völlige Ausnutzung der zu Lombardzwecken verfügbaren Sicherheiten ermöglichen lassen.

•

Französische Arbeiterstimmen.

WTB. Paris, 12. April. Der „Populaire" schreibt zum Zwischenfall Barthou—Tschitscherin: Barthou gelang es dreimal, durch sein Eingreifen einen Skandal hervorzurufen und Frankreich zu isolieren. Er verschlimmerte die in Washington begangenen Fehler. Durch sein Eingreifen, das viel brutaler gewesen sei als Briands und Sarrauts in Amerika, verankerte er von dieser Tribüne herab, wovon aus alles einen noch stärkeren Widerhall findet als in Washington, in den Gemütern aller Völker tiefer als je die Ueberzeugung, daß das Frankreich des nationalen Blocks sich systematisch jeder Beschränkung der Landrüstungen in Europa widersetze und widersetzen werde. Darüber hinaus liefert er Trotzki ausgezeichnete Gründe für die Beibehaltung der Roten Armee.

Der Sonderberichterstatter des „Oeuvre" in Genua schreibt: „Um drei Jahre nach Versailles endgültig den Frieden aufzurichten, braucht man anderes als Schilder mit der Aufschrift: „Verboten! Frankreich kann ruhig Schranken nach allen Seiten hin aufrichten, die Tatsachen werden es eines Tages zwingen, an die wesentlichen und grundlegenden Fragen heranzugehen, ohne deren Regelung in Europa nichts von Bestand gebaut werden kann. Man muß befürchten, daß an dem Tage, an dem Frankreich nochmals erklärt, Deutschland müsse wiederherstellen, Europa ihm antworten wird: Die Reparationen richten alle Abkommen zugrunde, die wir in Genua geschaffen haben. Von den Reparationen hätte in Genua gesprochen werden müssen, aber das habt ihr nicht gewollt. Dann werde Frankreich endgültig isoliert sein und ohnmächtig dastehen.

Der Haushaltsplan angenommen.

Hamburger Bürgerschaft.

Der letzte Tag vor den kurzen Osterferien! Man merkt es gleich an dem Tempo, mit dem Präsident Roß in die an sich umfangreiche Tagesordnung hineinfährt und zwei Dutzend Punkte im Handumdrehen mit der bereitwilligen Bürgerschaft erledigt. Nur an einer Stelle, als die Wahlordnung für die Wahlen zum Schulbeirat besprochen wird, lebt eine kurze Debatte auf. Herr Bohnert poltert zweimal seine Mißbilligung von der Tribüne. Es ist ja auch zu erschröcklich, wie diese Schulreformer in Hamburg arbeiten! Gleich nach 4 Uhr ist das Haus schon bei der zweiten Lesung des Haushaltsplanes angelangt. Der volksparteiliche Abgeordnete Fehling legt mit einem dicken, maschinengeschriebenem Bündel Manuskriptpapiere Beschlag auf das Rednerpult und richtet sich dort häuslich ein. Es gibt eine nationalliberale Etatsrede, wie sich's gehört, die von Nationalgefühl, Kriegsschuldfrage, Genua und überhaupt allem andern, als eben dem hamburgischen Haushaltsplan, handelt. Das Haus hört mit bewundernswerter Geduld zu und bemüht sich sogar in entgegenkommender Weise, den Vorleser auf der Tribüne nicht durch Zurufe aus dem Konzept zu bringen. Es lebe der Kaufmannsgeist! schließt die Rezitation, doch nein, es scheint nur so, der Redefall plätschert immer noch weiter, schlängelt sich über mancherlei „Verwaltungsreform"-Ebenen hinweg und ergießt sich schließlich in das Tal der platten Phrasen. Bravo! rechts, und Herr Bohnert erscheint von ebendort, um den Festredner abzulösen. Er macht in Kulturpolitik, wie er sich so etwas vorstellt. Eine rasselnde Kritik im Maschinengewehrtempo wird gegen die Oberschulbehörde losgefeuert, die zu wenig Geld für die höhere Schule losmache. Beweise, Gründe? Fehlanzeige; kein Zwischenruf kann einen hervorlocken. Zum Schluß kommt der Herr Schuldirektor so ins Kreuzfeuer der Zwischenrufe, daß er nicht anders kann, als mit einem Lob für die hamburgische Schulpolitik das Pult zu verlassen: er spricht ihr sein allerhöchstes Mißtrauen aus. Aus solchem Munde hört man das gern. — Ist draußen etwas los? Fluchtartig leert sich das Haus, einschließlich des halben Dutzend Kommunisten, denn Herr Urbahns beginnt eine Rede über Genua zu halten. Die Presse kann leider nicht mit hinaus: sie muß Tschitscherin den Kleinen bis zu Ende anhören. Und er macht es tüchtig: sabotieren, Burschoasie, Machtverhältnisse und wieder von vorn. Leider macht Herr Dr. Brinckmann sich ein wenig zu ausdauernd den Spaß, diesem Phrasendrusch durch Zwischenrufe Resonanz zu verschaffen. Wozu nur? Da macht es der alte Herr Seß aus Bergedorf doch gescheiter: er sitzt trübe vorn in der ersten Reihe und hat ein Gesicht, als machte er sich über soviel geistige Armut seines eifernden Kollegen bedauernde Gedanken. Nun kommt Platen, lehnt sich über das Pult und fertigt mit geschickter Art die Rechte und die Linke ab, daß es raucht, laviert um den Volksparteiler herum und endet mit demokratischen Posaunenstößen. Den Schluß macht Genosse Perner, dessen Rede, in der er recht glücklich die der SPD. gemachten Vorwürfe widerlegte, ausführlich im folgenden Bericht nachzulesen ist. Er erntete den lebhaften Beifall der beiden republikanischen Parteien. Es folgt ein Geschäftsordnungsgeplänkel, dann hat Hamburgs Senat seinen Etat bewilligt und Hamburgs Bürgerschaft Osterferien.

•

(21. Sitzung.)

Mittwoch, 12. April, nachmittags 3 Uhr.

Präsident Roß eröffnet die Sitzung.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Wahlen, werden ausgesetzt.

Punkt 2 und 3 sind in letzter Sitzung erledigt. Punkt 4 (Haushaltsplanberatung) wird vorläufig ausgesetzt.

5. Unterstützung des Vereins Kinderschutz und Jugendwohlfahrt. Der Beschluß erster Lesung lautet: Die Bürgerschaft beschließt, daß zur Unterstützung des Vereins Kinderschutz und Jugendwohlfahrt weitere 35 000 M aufgewendet und nachträglich in den Haushaltsplan der Behörde für öffentliche Jugendfürsorge für das Rechnungsjahr 1921 eingestellt werden. — In zweiter Lesung wird der Beschluß bestätigt.

6. Unterstützung des Verbandes Hamburger Mädchenhorte. Der Ausschuß, der die finanzielle Lage des Verbandes Hamburger Mädchenhorte zu prüfen hatte, empfiehlt dringend, 1. den Anschluß des Verbandes Hamburger Mädchenhorte an den Ausschuß für Säuglings- und Kleinkinderanstalten, um dann 2. in Zukunft die benötigten Staatszuschüsse durch die Behörde für öffentliche Jugendfürsorge einwerben zu lassen, und beantragt ferner, die Bürgerschaft erklärt die Aufgaben des Ausschusses für erledigt. — Ohne Debatte wird so beschlossen.

Punkt 7 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

8. Mittel für die Gesundheitsbehörde. Infolge des ständigen Preissteigens auf allen Gebieten, insbesondere durch den anhaltenden strengen Frost, reicht die Gesundheitsbehörde mit ihren Mitteln nicht aus. Der Senat beantragt deshalb die Nachbewilligung von insgesamt 10 748 500 M, was ohne Aussprache beschlossen wird.

9. Verkauf von Staatsgrund. Der Senat beantragt, daß unter den Bedingungen eines Vertrages vom 20. März an die Grundstücksgesellschaft „Elbe" G. m. b. H. die etwa 1340 Quadratmeter große Fläche Staatsgrund an der Bundesstraße und am Moorkamp überlassen werden. — Der Antrag wird angenommen.

10. Verkauf von Staatsgrund. Der Senat beantragt, daß unter den Bedingungen eines Vertrages vom 20. März an den Bau- und Sparverein der Postbeamten in Hamburg e. G. m. b. H. die etwa 2582 Quadratmeter große Fläche Staatsgrund an der Richard-Dehmel-Straße überlassen werde. — Der Antrag wird debattelos genehmigt.

11. Geländeaustausch an der Marienthalerstraße. Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle dem mit der Mannesman-Mulag G. m. b. H. abgeschlossenen Vertrage wegen Austausches und Ueberlassung von Grundflächen an der Marienthalerstraße die Genehmigung erteilen. — Der Vertrag wird genehmigt.

12. Umbauten in den Räumen der Sittenpolizei. Der Senat beantragt, daß zur Herrichtung von Untersuchungszimmern im Stadthause für die Sittenpolizei ein Betrag von 105 530 M bewilligt wird. — Die Bürgerschaft stimmt ohne Aussprache zu.

13. Uebernahme von Reichsbeamten in den hamburgischen Staatsdienst. Der Senat beantragt, daß mit der durch Hamburg erfolgenden Ausübung der Verwaltung und des Betriebes in der von der Ordnungspolizei belegten Kaserne sowie der Garnisonwaschanstalt die Stellen eines Werkmeistergehilfen der Besoldungsgruppe III und von 5 Hauswarten der Besoldungsgruppe II aus dem Reichsdienst in den hamburgischen Staatsdienst auf den 30. April übernommen werden. — Dem wird zugestimmt.

Punkt 14 wird vorläufig zurückgestellt. Punkt 15 ist in letzter Sitzung erledigt.

16. Bau der Kaimauer am Breslauer Ufer. Der Senat beantragt, daß für den Bau der Kaimauer am Breslauer Ufer auf das Konto Hafenerweiterungen auf Roß-Neuhof und Waltershof 8 500 000 M nachbewilligt werden. — Der Antrag wird debattelos angenommen.

17. Unterbringung von Arbeitsnachweisen. Der Senat beantragt, daß 1. für die Herrichtung der ehemaligen Volksschule vor dem Holstentore zur Unterbringung von Arbeitsnachweisen 418 700 M, 2. für den Ankauf der Baracke des Verbandes der Eisenindustrie auf dem Heiligengeistfelde einschließlich des Etats 40 116,50 M, 3. für die Instandsetzung dieser Baracke 34 300 M bewilligt werden. — Die Bürgerschaft erteilt ihre Genehmigung.

18. Erweiterung des Versorgungsheims. Der Senat beantragt eine Erweiterung des Versorgungsheims durch einen Aufbau auf die beiden Flügelbauten der Männer- und Frauenabteilung und ersucht um den Beschluß, daß für die Erweiterung des Versorgungsheims 7 816 500 M bewilligt werden.

Dr. Nagel (DNP.) findet, daß die Wohlfahrtspflege durch die Verweisung mancher Versorgungsheiminsassen an eine geregelte Arbeit entlastet werden könne. — Dann wird dem Senatsantrag zugestimmt.

19. Erbauung einer Abhitzedampfkesselanlage auf dem Gaswerk Grasbrook. Der Senat beantragt die Bewilligung von 500 000 M für diesen Zweck. — Es wird so beschlossen.

20. Mittel für das Wohlfahrtsamt. Der Senat beantragt, daß dem Wohlfahrtsamt für Waschmittel und für den landwirtschaftlichen Betrieb insgesamt 191 000 M bewilligt werden, was beschlossen wird.

21. Chemisches Staatslaboratorium. Der Senat beantragt die Bewilligung von 103 430 M zur Beschaffung von wissenschaftlichen Apparaten für das Chemische Staatslaboratorium, was debattelos bewilligt wird.

22. Mittel für die Landherrenschaft Ritzebüttel. Der Senat beantragt, der Landherrenschaft Ritzebüttel für verschiedene Ausgaben 276 600 M nachzubewilligen. — Es wird dem Antrage zugestimmt.

23. Herstellung eines Sielanschlusses. Der Senat beantragt, daß für die Herstellung des Sielanschlusses auf dem Schulgrundstück Alsterdorferstraße 24 242 000 M bewilligt werden. — Die Bürgerschaft stimmt zu.

24. Neubau der Emilie Wüstenfeld-Schule. Der Senat beantragt, daß für diesen Neubau weitere 3 Millionen Mark bewilligt werden. — Die Summe wird bewilligt.

25. Brücke über die Gose-Elbe zwischen Reitbrook und Kirchwärder. Der Senat beantragt, daß zur Instandsetzung dieser Brücke weitere 195 000 M bewilligt werden. — Es wird so beschlossen.

26. Mittel für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen. Der Senat beantragt, daß der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen für verschiedene Ausgaben insgesamt 82 230 M nachbewilligt werden. — Die Bürgerschaft stimmt dem zu.

Punkt 27 wird abgesetzt und darauf Punkt 14 verhandelt.

14. Aenderung des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Schulen. Der Senat legt der Bürgerschaft den Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Schulen, nachdem anstatt der bisherigen freien Listen die „einfach gebundene Liste" bei den Wahlen zur Elternkammer und zur Lehrerkammer in Anwendung kommt, vor. — Dr. Bohnert (DNP.) behauptet, das neue Wahlverfahren sei gemacht, weil „gewisse" Parteien bei der letzten Wahl nicht auf ihre Kosten gekommen seien. Wir haben bisher jedesmal nach einem neuen Verfahren gewählt. Wir lehnen den Entwurf ab, ebenso die noch weitergehenden kommunistischen Vorschläge. — Hommes (Komm.): Wir beantragen, für beide Kammern nach streng gebundenen Listen zu wählen und daß eine Listenverbindung möglich ist. — Korell (SD.): Bei der letzten Schulbeiratswahl hat sich gezeigt, daß fast überall die nicht geänderten Stimmzettel abgegeben sind. Das spricht für die Einführung von gebundenen Listen. Wir stimmen für den Senatsantrag, weil wir eine zweite Lesung vermeiden wollen. Der Antrag des Senats ist auf Wunsch der Lehrerschaft gekommen. — Dr. Bohnert (DNP.) befürchtet, daß bei der nächsten Wahl wieder ein neues Verfahren bestimmt werden würde, er bittet daher nochmals um Ablehnung. — Hommes (Komm.) wendet sich gegen die Sozialdemokratie, weil sie den kommunistischen Antrag ablehnt. — D. Rode (DVP.) spricht sich für den Senatsantrag aus; eine definitive Festsetzung des Wahlmodus in der idealsten Form wird noch erfolgen müssen. — Das Gesetz wird gegen die Deutschnationalen nach Ablehnung des kommunistischen Abänderungsantrages angenommen.

Erhaltung des Wriedtschen und Baurschen Parks am Elbufer.

28. Von Hüne (DVP.) und Genossen wird beantragt: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Erhaltung des Wriedtschen und des Baurschen Parks am Elbufer für den Besuch der hamburgischen Bevölkerung sicherzustellen.

Hüne (DVP.): Die Nachricht von der Abholzung des Elbparks habe jeden Naturfreund erregt. Die Elbchaussee ist eine der schönsten Straßen der Welt. Wir wünschen, daß der Senat alles tut, um die Parks zu erhalten und sie der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir wollen dem Senat keine Anweisungen geben; wir bitten, unserm Antrag zuzustimmen.

Einstimmig wird der Antrag angenommen.

Darauf wird der Antrag, betreffend

Fahrpreise der Hafendampfschiffahrtsgesellschaft,

verhandelt. Ueber die Senatsvorlage berichteten wir bereits. Der zur Prüfung des Antrages beauftragte Hafentarifausschuß erstattet mündlichen Bericht und beantragt Zustimmung zum Senatsantrage.

Winkler (DVP.) als Berichterstatter: Die Erhöhung beträgt 30 bis 40 ₰. Diese Erhöhung deckt das Defizit der Gesellschaft nicht, ändert es nicht einmal bei der fortschreitenden Geldentwertung. Die Wochenkarten sind erhöht von 12,50 auf 15 M, die Arbeiterwochenkarten auf 16,80 M. Die Gepäcktarife bleiben unverändert. Der Ausschuß bittet um Annahme des Senatsantrages.

Hommes (Komm.) lehnt die Vorlage ab, weil sie unsozial ist. Die Frage des Umlageverfahrens bei den Hafenbetrieben muß schnell erledigt werden. Die Dampfer müssen gegen die Witterung und vor Ueberfüllung geschützt werden.

Der Senatsantrag wird darauf endgültig angenommen.

Zweite Lesung des Haushaltsplans.

Die Beschlüsse erster Lesung, über die wir fortlaufend berichtet haben, sind zu bestätigen.

Der Haushaltsausschuß beantragt mit 16 gegen 2 Stimmen, über die in der ersten Lesung zum Haushaltsplan gefaßten Beschlüsse in der zweiten Lesung nach Beendigung der allgemeinen Beratung unter Absehung von einer Einzelberatung en bloc abzustimmen. — Zu den einzelnen Artikeln wiederholen Thälmann (Komm.) und Genossen ihre schon in erster Lesung abgelehnten Anträge und fügen einige neue hinzu.

Die allgemeine Beratung wird eröffnet.

Fehling (DVP.): Der Parlamentarismus ist keine Errungenschaft der Revolution, sondern der Parlamentarismus wäre auch unter dem Kaisertum gekommen. Dadurch ist vielen die Aussöhnung mit der Republik leichter gemacht und der Revolution ein Nimbus genommen. Unter Nationalgefühl verstehen wir die Einheit des Volkes. Wenn der sozialdemokratische Minister Köster die Pflege des Nationalgefühls fordert, so begrüßen wir das. (Bergmann [USP.] ruft: Das Ablesen ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig!) Redner bezieht sich auf einen Artikel des „Firn" und fährt fort: Ich möchte wünschen, daß die Vorzüge des alten Systems auch anerkannt werden, besonders in Hamburg. (Zuruf: Zwölfklassenwahlrecht!) Hamburgs Entwicklung hat das System gefördert. Unter dem neuen System können sich große Persönlichkeiten nicht so auswirken. Hamburg leidet unter seinen zu engen Grenzen. Wir brauchen Groß-Hamburg, damit Hamburg seine Mission erfüllen kann. Groß-Hamburg ist eine deutsche Frage. (Sehr richtig!) Ich will heute Preußens Haltung nicht kritisieren, um die Verhandlungen nicht zu stören. Hamburg ist das Objekt von Schikanen zynischer Brutalität von Berlin her, z. B. durch die heimlichen und offenen Gütersperren, die zum größten Teil Schuld der Altonaer Eisenbahndirektion sind. Die Art, wie die Eisenbahnverwaltung arbeitet, ist schmachvoll und ein Muster von Bureaukratie. Der geistige Hochmut der Berliner Behörden zeigt sich auch bei den Außenhandelsstellen. Wir fordern die öffentliche Diskussion

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Literaturkritik. Ein Beweis, wie leicht es sich manche Zeitungsschreiber machen, um das Wert eines Künstlers herunterzureißen, bietet der „Hamburgische Correspondent". Er läßt einen S. H. den Versband von Hans Gathmann „Die vergitterten Paläste" (Hanf-Verlag) besprechen und der macht das denn so:

„Ein talentvoller, aber im Leben noch sehr unerfahrener, vermutlich sehr junger Mensch hat die Verse dieses Bandes geschrieben. Er nennt sie Sonette, aber es sind nur zum Teil wirkliche Sonette. Zum Teil erscheint die edle, strenge Sonettform darin willkürlich verrenkt. Der Geist, der darin sich auslebt, ist modernisierter Rousseau — zurück zur Natur — mit einem kräftigen Schuß Dostojewski. Manches in dem Buch wallt über von Menschenliebe und Allbrüderlichkeit, anderes ist glatter und platter Salonbolschewismus."

Damit wird bedenkenlos das mit dem Herzblut geschriebene Werk eines Menschen zerrissen, der „jung" und „unerfahren" genannt wird, obschon er im reifen Mannesalter steht und viele Jahre im proletarischen Lebenskampf verbrachte. Es handelt sich um einen Berufskollegen des Salonjournalisten im „Correspondent", demgegenüber der Ausdruck „Salonbolschewist" eine unqualifizierbare Frechheit deswegen darstellt, weil er seit Jahren Redakteur der Breslauer „Volkswacht", eines sozialdemokratischen Blattes, ist. Zeigt diese sogenannte „Kritik" des leichtfertigen G. H. einmal, daß er von Lyrik nichts versteht, so beweist sie andererseits, wie skrupellos eine gewisse Presse der Kunst gegenübertritt, wenn sie von proletarischer Seite kommt. Jedenfalls soll der Fall hier einmal angenagelt werden.

Neue Bücher.

Für die bei den Büchern angegebenen Preise können wir eine Gewähr nicht übernehmen, da sich die Preise im Buchhandel fortwährend ändern.

Cornelius, „Der Barbier von Bagdad". (Musik für alle, Nr. 179), 6 M. Cornelius' „Barbier von Bagdad", der soeben mit besonders gutem Erfolg in der Berliner Staatsoper neu einstudiert wurde, war bisher fast nur in der heute überholten Bearbeitung von Mottl bekannt. Die prächtige Originalausgabe dagegen, die allein des Meisters Absichten rein wiedergibt, liegt dem neuesten dieser Oper gewidmeten Heft der „Musik für alle" zugrunde. Dieses bringt all' die prächtigen Szenen, Arien und Zwischenspiele in der bekannten leicht spielbaren Form mit überlegtem Text. Das Heft ist zum Preise von 6 M durch alle Musikalien- und Buchhandlungen zu beziehen.

Eingegangene Schriften.

Ernte. Jahrbuch der Hachmonatsschrift „Das literarische Echo". 3. Jahrgang 1921. Gebunden 42 M. (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.)

Zum dritten Male sammelt Ernst Heilborn im schön ausgestatteten, stattlichen „Jahrbuch des literarischen Echos" die literarische „Ernte" eines Jahres. An eine Reihe von Aufsätzen schließen sich die üblichen, klar disponierten Uebersichten über die englische, französische, italienische und russische Literatur, um schließlich der deutschen den ihr gebührenden Löwenanteil zukommen zu lassen. Literarische Nachrichten aller Art, eine Liste aller Uraufführungen und ein ausführliches Namen- und Sachregister helfen den Zweck, dem das Buch als unentbehrliches Orientierungsmittel über die gesamte literarische Bewegung des abgelaufenen Jahres dient, erfüllen.

Hamburger Börse am 12. April.

Die Lage am Devisenmarkt ist wieder einmal als unsicher zu bezeichnen. Die neuen Nachrichten von der Genueser Konferenz haben die Börsen etwas verstimmt. Nicht zu unterschätzen wird nun auch die Spekulation (hiesige und auswärtige) sein, deren Tun man schon jetzt beobachten kann. Nach den Berichten aus Amerika durften die hiesigen Kurse nicht solche Steigerungen durchmachen, die wir heute zu melden haben. Geschäft war sehr ruhig.

Auch der Wertpapiermarkt lag ruhig.

Hamburger amtliche Notierungen: Holland 11 377½ (am Dienstag 10 740) — England 1326½ (1251¼) — New York 300½ (283½) — Dänemark 6385 (6035) — Frankreich 2770 (2620).